

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Schönbach, Dresden, Postfach 10011

Druck: v. Hofmann, Dresden, Postfach 10011

Druck: v. Hofmann, Dresden, Postfach 10011

Hochverrat deutscher Sozialisten in Paris

Sie heken Frankreich zur Ruhebefekung

Paris, 17. März. In seiner Nummer 69 macht das bekannte Rechtsblatt „Figaro“ folgende Ausführungen: „Bei den deutschen Sozialdemokraten ist die Verwirrung groß. Wir sind in der Lage, zu verkünden, daß eine beträchtliche Anzahl von ihnen geglaubt hat, nach der Schweiz gehen zu müssen. Zehn Sozialdemokraten sind nach Paris gekommen, wo sie Unterredungen mit den namhaftesten sozialistischen Abgeordneten hatten. Diese Unterredungen hatten keinen anderen Zweck, als bei den französischen Genossen darauf zu dringen, daß die französische Regierung in kürzester Zeit die Ruhebefekung der Ruhr in Aussicht nehme. — Die Bemerkung sei gestattet, daß diese Herren etwas übertrieben. Wenn ihre Angelegenheiten auf stehen, ärgern sie nicht, eine antifranciaische Politik zu unterstützen. Sie wenden sich an uns nur dann, wenn sie anfragen, Angst zu haben. Wir glauben, daß es nicht ihnen zusteht, uns Ratsschlüsse zu erteilen, und daß wir stark genug sind, um zu wissen, was wir zu tun haben.“

Der Kommentar, mit dem der „Figaro“ die landesverräterische Handlungsweise deutscher Sozialisten in Paris kennzeichnet, ist ein Schlag ins Gesicht für die ganze deutsche Sozialdemokratie. Daß einige ihrer davongelaufenen Führer

bei der im Ausland entfesselten Dege gegen die deutsche Nationalregierung ihre Hand im Spiel hatten, war schon bekannt. Jetzt wird aber von einer in dieser Hinsicht einwandfreien französischen Seite glatter Landesverrat dieser Kreise nachgewiesen. Es gibt kein Wort, das stark genug wäre, um die Niedertracht einer solchen Gefinnung zu brandmarken, die nicht davor zurückschreckt, dem deutschen Vaterland aus innerpolitischer Rachsucht den äußeren Gegner auf den Hals hegen zu wollen. Auf dieses Verbrechen steht seit einiger Zeit in Deutschland die Todesstrafe. Die Aussicht darauf dürfte wohl genügen, um diese politischen Fremdenlegionäre Frankreichs davon abzuhalten, ihren Fuß jemals wieder auf deutschen Boden zu setzen. Die Pariser Enthüllung beweist aber auch die Notwendigkeit der von den deutschen Regierungen nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen die Sozialdemokratie ergriffenen scharfen Maßnahmen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen die im „Figaro“ aufgestellte Behauptung, ohne sie jedoch inhaltlich entkräften zu können. Daß ein solches Dementi der SPD. kommen würde, lag auf der Hand; man weiß, was man davon zu halten hat und wird abwarten müssen, was der „Figaro“ darauf zu antworten hat.

Göring an die preußischen Polizeioffiziere

Berlin, 17. März. Auf dem Vertretertag der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hielt heute vormittag Minister Göring eine Rede, in der er erklärte, die Offiziersvereinigung habe sich große Verdienste dadurch erworben, daß sie den Offizieren trotz außerordentlich starken politischen Druckes die Möglichkeit der Vertätigung im nationalen Sinne gab. Diese Vereinigung sei für die Offiziere der preußischen Schutzpolizei ein Hort gewesen, in dem sie ihr nationales Empfinden zeigen konnten und sich gegenseitig eine Stütze waren. Sie habe einen starken Rückhalt bedeutet gegen den Ansturm einer Weltanschauung, die nichts von Standesehre wissen wollte. Der Minister beschästigte sich dann mit anderen bestehenden Polizeibeamtenvereinigungen, wobei er erklärte,

es gebe aber auch im Gegensatz zu der Offiziersvereinigung Verbände, die bisher ihre Aufgabe nicht in der wirtschaftlichen Stärkung ihrer Mitglieder, sondern in der pazifistischen Verlesung gesehen hätten.

Hier habe man das Hauptgewicht auf die Steigerung der Unzufriedenheit und die Aufputschung gegen die Vorgesetzten gelegt. Er wolle deshalb keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß alle Organisationen aufhören müßten zu existieren, wenn er gezwungen werde, diesen einen Verband verschwinden zu lassen. Eine einseitige Bevorzugung könne es nicht geben. — Nach außerordentlich hartem Beifall fuhr der Minister fort: Bis zu seinem Antritt sei die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Polizeibeamten wohl vorhanden gewesen, jetzt aber nicht mehr. Nach altpreußischer Tradition solle man bei den Vorgesetzten für seine Untergebenen, der erst an seine Seite und zu allererst an sich selbst denke. Gewiß gebe es für gewisse wirtschaftliche Gebiete noch die Möglichkeit der Notwendigkeit zum Zusammenschluß in Vereinigungen, denn der Staat könne in Fragen der wirtschaftlichen Unterstüttung nicht alles von sich aus regeln, jedoch

biensichtlich werde er sich von seinem Verbands niemals beireuen lassen.

Man müsse sich grundsätzlich darüber klar sein, daß Kommunismus und Marxismus nicht auf der Paritade niedergegungen werden könnten. Dieser Kampf gegen die Volkschädlinge müsse vom Volk selbst ausgehen, müsse auf der Arbeitshütte, im Büro von Mann zu Mann geführt werden. Unter dem stürmischen Beifall der Versammelten sagte dann der Minister, es sei eine erhebende Stunde für ihn gewesen, als er vor einigen Tagen das Dekret des Reichspräsidenten mitunterzeichnete durfte, durch das der Reichswehr die schwarzweiße Kofarbe, die man 1918 abgeriffen und in den Schmutz getreten habe, wieder gegeben worden sei. Wenn der Reichspräsident weiter anordnete, daß

neben der schwarzweißen Flagge auch die Gatenkreuzflagge

geführt werden soll, so habe er damit zum Ausdruck bringen wollen, daß die ehrenvollen Farben Schwarz-Weiß-Nat in Deutschland nie wieder hätten wehen können, wenn nicht Millionen Deutsche ihr Leben eingeseht hätten unter der Gatenkreuzflagge. Dieser Gedanke sei leider noch nicht überall klar zur Erkenntnis gekommen, und er bitte auch

die Polizeioffiziere, den Dank dafür nicht zu vergessen, daß die nationalsozialistische Bewegung das Polizeioffizierskorps von einem jahrelangen barten Druck befreit habe.

Nach der Rede des Ministers erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen, und erst nach minutenlangem Beifall konnte der Vorsitzende der Vereinigung, Oberst a. D. Dillenburg, dem Minister in kurzen Worten bedankt danken. Der Eindruck der Rede war so gewaltig, daß aus der Versammlung heraus Rufe laut wurden, die Tagung abzubrechen.

Der Landesausführer wurde zu einer Sitzung zusammenberufen. Nach etwa einstündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens in eine kameradschaftliche Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens umzuwandeln. — In § 2 der Satzung der Vereinigung war den die Sätze gefügt: „Die Vereinigung ist Mitglied des Reichsverbandes Deutscher Polizeioffiziere und des Reichsbundes der höheren Beamten.“

Neue Opfer der roten Mordheke

SPD-Abgeordneter erschießt einen Polizeiwachmeister

Freiburg i. Breisgau, 17. März. Bei dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Rüdiger sollte heute früh 5 Uhr eine Durchsuchung durch Polizei stattfinden. Rüdiger ging gegen die Beamten tätlich vor, zog seine Pistole und erschoss den Hauptwachmeister Schelshorn und verletzte den Kriminalsekretär Weber durch einen Bauchschuß schwer. Der Täter wurde verhaftet. Weber wurde sofort in die Chirurgische Klinik gebracht, wo eine Operation vorgenommen wurde.

Ein Altonaer SA-Mann erschossen

Altona, 17. März. In der Nähe der Stadtdiogenes kam es gestern zu einer schweren Schießerei zwischen Kommunisten und SA-Deuten. Ein SA-Mann erhielt einen Bauchschuß, dem er heute früh im Krankenhaus erlegen ist. Mehrere Personen sind verhaftet worden.

Eine Polizeibeamtenfrau niedergeschossen

Erlewang (Rheinland), 17. März. In der Nacht zum Freitag wurde die Frau des Oberlandjägers Körver in Nieder-Kriichten in ihrer Wohnung von dem zu einer Vernehmung geladenen Kommunisten Anton Hiltner aus Deven bei Nieder-Kriichten durch einen Kopfschuss schwer verletzt. Der vernehmende Oberlandjäger hatte für einen Augenblick das Zimmer verlassen. Er hörte den Schuß fallen und begab sich zum Tatort. Der Kommunist gab auf den eintretenden Oberlandjäger als falls zwei Schüsse ab, die jedoch nicht trafen. Der Oberlandjäger streckte den Täter durch einen Halsschuß nieder. Der Kommunist war sofort tot. Die Frau des Oberlandjägers

„Großdeutscher Bund konservativer Katholiken“

Berlin, 17. März. Infolge von Anregungen, die aus allen Teilen Deutschlands kamen, ist am Freitag ein „Großdeutscher Bund konservativer Katholiken“ unter der Devise „Kreuz und Adler“ gegründet worden. Nach der in der Gründungsversammlung beschlossenen Satzung ist die Aufgabe des Bundes: „Den christlich-konservativen Gedankengang zu vertiefen, das nationale Bewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Ausbau des römisch-katholischen Reiches der Deutschen geistlich zu fördern.“ Der Bund ist grundsätzlich überparteilich; schon bei der Gründung ist er von führenden katholischen Persönlichkeiten ganz verschiedener Parteirichtungen und auch von solchen ohne parteipolitische Zeltlegung getragen. In den nächsten Tagen wird eine programmatische Rundgebung erfolgen, sobald die endgültige Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Bundesauschusses vorliegt.

Amtsübernahme Dr. Schachts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 17. März. Der bisherige Reichsbankpräsident Dr. Luther wird, nachdem er gestern seinen Rücktritt erklärt hat, heute nicht mehr in die Reichsbank zurückkehren. Für heute nachmittags ist ein Empfang des Reichsbankdirektoriums in der Privatwohnung Luthers vorgesehen, und bei dieser Gelegenheit wird er sich von seinen Mitarbeitern verabschieden. Auch die Geschäftsbüroübernahme durch den neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wird sich ohne weitere Formalitäten vollziehen.

Streichung von Ministerpensionen in Baden

Karlsruhe, 17. März. Die die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, hat der kommissarische Finanzminister Adler eine Verordnung über die Abänderung der Besoldung über Ruhebekalt und die Hinterbliebenenversorgung badischer Minister erlassen. Durch diese Verordnung sind die Pensionen des früheren Ministers Dr. h. c. Kemmle (Soz.), des Ministers Dr. Frunk (S.) und des früheren Staatspräsidenten Weis (Soz.) gestrichen.

Verordnung für die sächsischen Schulen

Dresden, 17. März. Der Beauftragte des Reichskommissars für das Ministerium für Volksbildung hat für die Schulentlassungsstellen 1933 folgende Verordnung erlassen: Die Lehrerveranstaltungen haben bei der Ausgestaltung der Schulentlassungsstellen allenfalls den Richtlinien Rechnung zu tragen, die unter Punkt 1 der Verordnung des Beauftragten des Reichskommissars für das Ministerium für Volksbildung vom 14. März 1933 über nationale und christliche Jugenderziehung bekanntgegeben worden sind. Der veränderten Lage entsprechend ist in diesem Jahr die Verteilung von Abdrucken der Reichsverfassung an die abgehenden Schüler und Schülerinnen zu unterlassen.

wurde in Hoffnungslos im Zustand in das Krankenhaus nach Gladbach gebracht.

Wieder ein Sprengstofflager der SPD. entdeckt

Hannover, 17. März. Im Verlaufe der Polizeiaktion gegen die SPD. ist jetzt wiederum ein umfangreiches kommunistisches Sprengstofflager im Harz zwischen Bad Lauterberg und Sieber inmitten dichter Wäldungen entdeckt worden. Das Sprengstofflager war in einem alten, nicht mehr benutzten Stollen untergebracht, dessen Eingang durch künstliche Umleitung einer Quelle unter Wasser gesetzt worden war. Etwa 60 Meter vom Eingang entfernt wurden 600 Kilogramm Sprengstoff mit den dazu gehörigen Zündern gefunden.

Das Ende der SPD-Ortsgruppe Landsberg

Landsberg a. d. Warthe, 17. März. Am Donnerstagabend haben die Funktionäre der Landsberger SPD-Ortsgruppe nach einem Radelzug der SA. und SS. auf dem Marktplatz in Anwesenheit einer ungeheuren Menschenmenge ihre Waffensinstrumente zerstückelt und 12 kommunistische Fahnen sowie ein Bildnis Lenins auf einem Schalterbauwerk verbrannt. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Werloff und des Kreisleiters der NSDAP. Altem, erklärte der Führer der kommunistischen Ortsgruppe, Mischke, daß die Landsberger Kommunisten nach der feigen Flucht der kommunistischen Parteiführer an dem großen nationalen Aufbauwerk Hitler mitarbeiten wollen.

Abreise Hitlers nach München. Reichskanzler Hitler wird wahrscheinlich am Freitagnachmittag nach München reisen. Eine Kabinettsitzung findet am Freitag nicht statt.

Das heilt 3. Übung Adel-Bo